

**„Wir wollen unabhängig sein!“
– Gespräche und Erfahrungen in Jordanien zwischen
dem 28. März und 08. April 2010 –**

von Reiner Bernstein*

Das Königreich Jordanien mag keine politischen Risiken mehr eingehen. Nachdem König Hussein in den 1950er und 1960er Jahren versucht hatte, die nationale Unabhängigkeit durch Koalitionen mit arabischen Nachbarn zu sichern und nachdem Israel ihm noch sieben Monate vor dem Junikrieg 1967 versprochen hatte, keine militärischen Absichten gegen das Königreich im Schilde zu führen, war Hussein unter dem Druck der öffentlichen Meinung seines Landes gezwungen, sich der ägyptisch-syrischen Koalition mit schwerwiegenden Folgen für die territoriale Integrität Jordaniens anzuschließen¹. Aufgrund solcher Erfahrungen ist sein Sohn Abdullah II. mehr denn je darauf bedacht, existentiellen Gefahren für sein „Sandwichland zwischen Israel und dem Rest der arabischen Welt“² entschlossen aus dem Wege zu gehen. Diese Strategie hat sich ausgezahlt.

Von dieser Standhaftigkeit hat Jordanien auf vielen Ebenen profitiert. Von Beirut abgesehen, wo die „Hisbollah“ mittels Spenden und iranischen Hilfgeldern ein riesige Aufbauprogramm nach der

* Die Reise eine Gruppe von publizistisch Tätigen und Nahost-Interessierten fand unter logistischer Leitung von Fuad Hamdan, München, statt, dem ich auch an dieser Stelle danken möchte. Zu den Gesprächen gehörten ein Besuch im palästinensischen Flüchtlingslager Baqa'a nördlich von Amman, beim deutschen Botschafter Joachim Heidorn, beim Staatsminister für Medien-Angelegenheiten und Kommunikation Nabil Sharif, bei Nawaf W. Tell – Forschungsdirektor des „Center for Strategic Studies“ in Amman –, eine Diskussion in der Chefredaktion der Tageszeitung „al-Dustour (Die Verfassung)“, ein Vortrag beim „Arab Thought Forum“, das unter der Präsidentschaft von Prinz Hassan steht, eine Begegnung in der „Theodor Schneller School“ mit Ghazi Musharbash an der Spitze sowie ein Gespräch mit Anas al-Saqet von der „Federation of Jordanian Women“ und vormaligen Präsidentin des „National Center for Human Rights“. Die Nachrichtenprogramme des jordanischen Fernsehens sowie Zeitungen in arabischer und englischer Sprache berichteten. Meine Auswertung der Reise ist wie üblich durch thematisch begleitende Veröffentlichungen ergänzt worden.

israelischen Invasion von 2006 in Gang gesetzt hat³, präsentiert sich nunmehr auch Amman als eine riesige Baustelle. Nachdem mehr als 700.000 Menschen im Zuge des alliierten Krieges gegen Saddam Hussein nach Jordanien flüchteten und erhebliche Kapitalien mitbrachten, sorgen jetzt Milliardenbeträge aus den Golfemiraten und aus Saudi-Arabien für die Entwicklung der Infrastruktur in der Hauptstadt mit über zwei Millionen Einwohnern.

Die Palästina-Flüchtlinge: eingeklemmt, bevormundet und immobil?

Die größte Herausforderung jedoch hat keinen befriedigenden Abschluss gefunden: Für die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und 1967 in den dreizehn Lagern⁴ ist die soziale Integration ausgeblieben. Obwohl sie die jordanische Staatsbürgerschaft erhielten, die sich schon aus der Annexion der Westbank („Cisjordanien“) am 04. April 1950 zwingend ergab⁵, war die Herrscherfamilie angesichts der prekären Demographie – damals zählte die transjordanische Bevölkerung nicht mehr als 230.000 Menschen – bemüht, sich die legislative und exekutive Prerogative durch eine stringente Personalpolitik in den Militär- und Sicherheitsdiensten, mittels der Etablierung und Förderung von Loyalitäten und Abhängigkeiten sowie durch den Zuschnitt der Wahlkreise zu sichern – und ein „P“ in die Pässe der Neubürger eintragen zu lassen.

Der notwendigen Hilfe für die Flüchtlinge kam am 08. Dezember 1950 von Seiten der UN-Vollversammlung mit der Schaffung der „United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) [for Palestinian Refugees in the Near East]“. Als ihre Operationsfelder wurden das nunmehr territorial erweiterte Königreich, der Gazastreifen, Libanon und Syrien ausgewiesen. Abgesehen von Grundsatzfragen, für die sich auch der Hohe Flüchtlingskommissar (UNHCR) zuständig fühlt,

wurde die neue UN-Unterorganisation auf ein humanitäres Mandat verpflichtet. In ihrer Resolution 302 beschloss die Vollversammlung,

„...dass unbeschadet der Bestimmungen in Paragraph 11 der Resolution 194 (III) der Vollversammlung vom 11. Dezember 1948⁶ die fortgesetzte Nothilfe für Palästina-Flüchtlinge notwendig ist, um Hunger und Elend bei ihnen zu verhüten und um friedliche und stabile Verhältnisse zu fördern, und dass zwecks Beendigung der internationalen Nothilfe sehr bald konkrete Maßnahmen ergriffen werden müssen“.

Ein politischer Auftrag war damit vermieden. Er wäre für die arabischen Staaten, die 1949 unter UN-Vermittlung in Rhodos lediglich Waffenstillstandsverträgen zugestimmt hatten, implizit darauf hinausgelaufen, den Staat Israel anzuerkennen – ein Entgegenkommen, das schon in der UN-Resolution 194 vom Dezember 1948 tunlichst vermieden und in der Entschließung von Khartum Ende August / Anfang September 1967 mit den drei Neins „keine Anerkennung, keine Verhandlungen, kein Frieden mit Israel“ wiederholt wurde.

Kriterien für ein qualifiziertes Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge nach „Palästina“ blieben aus. Die einzige Status-Definition lieferte im Juli 1951 die komplizierte Fassung der Genfer Flüchtlingskonvention der Artikel 1 A, der jedoch auf die palästinensischen Flüchtlinge keine Anwendung fand:

„Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck ‚Flüchtling‘ auf jede Person Anwendung ... die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder

wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.“

Seither ist der Streit unter Politikern und Experten nicht abgerissen, wer von den Palästinensern unter diese Definition fällt. Während Israel in den multilateralen Verhandlungen nach der Madrid-Konferenz 1991 auf einer engen Interpretation bestand, wonach der Status lediglich auf die „erste Generation“ von 1948 und 1967 zutreffen könne, strebte die palästinensische Delegation eine viel breitere Verständigung an. Sie sollte Kinder und Enkel ebenso einschließen wie jene Palästinenser, die sich 1948 und 1967 im Ausland aufhielten, und jene, denen Israel nachträglich das Wohnrecht entzogen hatte. Mithin wichen schon die Angaben über die Zahl der Flüchtlinge erheblich voneinander ab.

Deshalb beschränkte sich die UNRWA darauf, Voraussetzungen für die Hilfsbedürftigkeit zu formulieren⁷. Danach gilt seit 1993 die Regel, dass ein Flüchtling zwischen dem 01.06.1946 und dem 15.05.1948 in Palästina gelebt haben muss und durch den Konflikt seine Heimat verloren hat. Gleichzeitig aber sollten seine Nachfahren, sofern Eltern oder Großeltern, die während des oben genannten Zeitraums im Mandatsgebiet Palästina wohnten und ihre Heimat verlassen mussten⁸, von der UNRWA-Hilfe nicht ausgeschlossen werden.

Aufgrund der Kostenintensität ging die UNRWA bereits in den frühen 1960er Jahren dazu über, von Entwicklungsprojekten und von Programmen der Arbeitsbeschaffung Abstand zu nehmen und zu Erziehungsaufgaben sowie zu Maßnahmen der Wohlfahrt und der medizinischen Versorgung überzugehen. In ihrer aktuellen Selbstdarstellung listet sie drei Kernbereiche auf: Hilfe für verarmte

Flüchtlinge durch ein soziales Sicherungsnetz, Hilfe zur Selbsthilfe für unterprivilegierte Flüchtlinge (besonders Frauen, Kinder, junge Menschen, Behinderte und Senioren) sowie Dokumentationsarbeiten. Aufgrund der hohen Geburtenüberschüsse belasteten zwanzig Jahre später die Ausgaben für die Kindererziehung 65 Prozent des gesamten UNRWA-Haushalts⁹. Schon seit langem halten die Mittel mit den aktuellen Bedürfnissen nicht mehr Schritt.

Eine zusätzliche Komplizierung erfuhr die Arbeit dadurch, dass sie sich in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten des Vorwurfs erwehren musste, mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten und damit den politischen Status quo zu stabilisieren. Dabei legte die PLO lange kein besonderes Augenmerk auf eine legalistische Festschreibung des Flüchtlingsstatus, weil sie befürchtete, dass sie damit von der internationalen Tagesordnung verschwinden würde. Den einschlägigen Passus der Arabischen Friedensinitiative vom März 2002 antizipierend¹⁰, hatte Yasser Arafats Sprecher Bassam Abu-Sharif ein Jahr zuvor erklärt, dass das Recht auf Rückkehr durch eine Vereinbarung realisiert werden solle, die ein internationales Aufgebot unter Einschluss anderer regionaler Staaten einbeziehe¹¹.

Zurück nach Baqa'a: Für die Ergebnisse einer Meinungsumfrage des Soziologen Khalil Shikaki (Ramallah) unter 4500 Flüchtlingen in der Westbank, im Gazastreifen, im Libanon und Jordanien, wonach nur zehn Prozent von ihnen nach Israel zurückkehren und nur ein Prozent die israelische Staatsbürgerschaft annehmen würden¹², fanden wir bei unseren Begegnungen keine Anhaltspunkte. Doch legte das mit 1,4 Quadratkilometer größte Lager mit heute 100.000 Menschen mehrere generelle Fragen offen:

- Wie lässt es sich vermeiden, dass Menschen auf Dauer durch die UNRWA und durch sonstige Maßnahmen zur materiellen Grundversorgung in Abhängigkeiten geraten? Nur so gut wie alle

- christlichen Flüchtlinge haben den Sprung aus den Lagern geschafft, indem sie die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit im Lande genutzt haben.
- Worauf zielt die lokale Berufsausbildung („vocational training“) ab, wenn nach der Flucht aus dem Irak, aus Kuwait und aus den Emiraten und aufgrund der höheren Lebenszeiterwartung die Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes endgültig ausgeschöpft ist? Wie ist zu verstehen, dass uns auf entsprechende Nachfragen entgegengehalten wurde „Wir sind nicht die jordanische Regierung!“?
 - Reicht es für die Lebensentwürfe junger Menschen aus, auf die Wahrung der palästinensischen Identität durch Betonung der Herkunft sowie durch die Förderung von Kultur, Kunst und Folklore sowie durch die Stärkung sozialer und familialer Bindungen zu setzen, wo doch die Chancen für die Realisierung nationaler Unabhängigkeit in einem eigenen Staat gegen Null tendieren? Denn die fast beliebige Interpretation einschlägiger UN-Resolutionen und der Osloer Vereinbarungen von 1993/95 konzentrierte sich allein auf das Bekenntnis zur Rückkehr nach Haifa, Jaffa und Lydda. Auch der frühere jordanische Botschafter in Moskau Fateh el-Taweel, der die Gesprächsleitung beim „Arab Thought Forum“ zur nationalen Wasserversorgung leitete (s. Seite 15), bewegte sich zumindest an der Grenze solcher Vorstellungen.
 - Welche Rolle spielen die „Improvement Centers“, die aufgrund ihrer Anbindung an das Außenministerium den Eindruck erwecken, dass die jordanische Staatsangehörigkeit nur bedingter Natur ist, ohne dass die Palästinenser selbst darüber entscheiden können? Ist ihre fraglose Hinnahme des Status quo der Abhängigkeit ebenso wie das amtliche Verbot, palästinensische Fahnen zu hissen, als Kniefall vor dem unberührbaren staatlichen Machtmonopol zurückzuführen? Und sind politische Bindungen an die Mitgliedsorganisationen der PLO oder an islamistische

Bewegungen in den palästinensischen Gebieten und in Jordanien deshalb unerwünscht, weil ein grenzüberschreitender Übersprung rebellierender Kräfte befürchtet wird? Jedenfalls konnten die allzu ritualistisch vorgetragenen Bekenntnisse zu Abdullah II. („His Majesty the King“) und die großformatigen Fotos mit seinem Konterfei nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in den Lagern ein riskanter Druckkessel aufgebaut hat, der durch den für Außenstehende als relativ milde erscheinenden autoritären Regierungsstil in Amman an der Explosion gehindert werden dürfte.

Die Distanz zur Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah wie die Kritik an den reichen arabischen Staaten und ihre als gering erachteten Hilfeleistungen waren in Baqa'a gleichsam mit Händen zu greifen. „Wir leiden“, lautete nicht nur einmal die Quintessenz. Hierbei dürfte die Enttäuschung darüber nachwirken, dass den Flüchtlingen seit Arafats Zeiten alsbald die Schaffung des Staates Palästina versprochen wurde, so dass der Ankündigung von Salam Fayyad, bis zum Sommer 2011 die Institutionen in der Westbank so weit vorzubereiten, dass auf Druck der internationalen Gemeinschaft der Staat endlich gegründet werden könne, wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Vor der Heimsuchung durch das Elend ist die Hoffnung gestorben.

Wäre der Politik Israels ernsthaft daran gelegen, das Königshaus von solchen innenpolitischen Sorgen zu entlasten, müsste sie sich an Artikel 9 des Friedensvertrages von 1994 erinnern, wonach den Haschemiten eine Mitverantwortung über die heiligen moslemischen Stätten in Jerusalem zusteht¹³. An der operativen Ohnmacht gegenüber dieses zentralen Topos – in den privaten Wohnungen und den öffentlichen Einrichtungen hing überall das Bild des Felsendoms an der Wand – konnten auch die starken Worte Abdullahs auf der Tagung der Arabischen Liga Ende März 2010 in der libyschen Küstenstadt Syrte gegen die neuerlichen Siedlungspläne in Ost-Jerusalem nichts ändern.

Erneut bestätigte sich der Eindruck, dass der Staat Israel seine Isolation in der Region mit Bedacht zu betreiben sucht. Ob die Selbstgettoisierung den „point of no return“ schon überschritten hat, scheint keine rhetorische Frage mehr zu sein. Noch spart die arabische Kritik das Recht Israels auf nationale Existenz aus.

Tabuzonen

Auch in dem vergleichsweise freiesten und demokratischsten arabischen Land unterliegen die Medien der Pressezensur. Der König lässt es sich nicht nehmen, die Chefredakteure regelmäßig zum „briefing“ einzuladen. Der frühere Chefredakteur der regierungsnahen Tageszeitung „Al-Dustour (Die Verfassung)“ Nabil Sharif ist zum höchst einflussreichen Regierungssprecher sowie zum Minister für Medien-Angelegenheiten und Kommunikation aufgestiegen. Es vergeht kein Tag, an dem seine Erklärungen und seine Stimme in der Öffentlichkeit nicht präsent sind. „Al-Dustour“ selber befindet sich zu dreißig Prozent mittels einer Agentur unter informeller Regierungskontrolle. Gleichwohl scheint es den Medien weitgehend gelungen zu sein, den Vorwurf abzuwehren, ihre amtliche Steuerung würde vor der Kritik an innenpolitischen Vorgängen haltmachen¹⁴. Während unseres Aufenthalts berichteten sie ausführlich über Korruptionsbeschuldigungen gegen frühere Regierungsmitarbeiter und den ehemaligen Chef der „Jordan Petroleum Refinery Company (JPRC)“.

In seiner Ansprache ließ Sharif bei uns keinen Zweifel an der offiziellen außen- und innenpolitischen Linienführung aufkommen. Sie kam frei von politischer Poesie daher und glich eher einem Regierungskommuniqué als der Bereitschaft zum Dialog mit einer (wie am nächsten Tag in mehreren Zeitungen und im Fernsehen vermerkt wurde) „deutschen Mediendelegation“. Bei seinen Ausführungen widmete er sich besonders

- der Forderung nach dem Ende der israelischen Besatzungspolitik und dem Festhalten an der Zwei-Staaten-Lösung;
- dem tiefen Misstrauen gegen Israel. Die Beziehungen würden wie nie zuvor darniederliegen, hatte schon Abdullah II. betont. Aufgrund der gewaltigen Spannungen in der Region dürfe nicht noch mehr Zeit verloren werden, denn der israelisch-palästinensische Konflikt zermalme den Westen in den Augen der arabisch-moslemischen Welt wie eine Axt¹⁵;
- der Zurückweisung der israelischen Ablenkungsstrategie, die Zentralität der Konfliktregelung mit den Palästinensern durch den Hinweis auf die nuklearen Ambitionen Irans auszuhebeln;
- der Konditionierung der Arabischen Friedensinitiative an das sofortige Ende der israelischen Siedlungstätigkeit vor allem in Ost-Jerusalem;
- der festen strategischen Bindungen an die USA, die das Unbehagen an der Bündnispolitik mit Israel nicht unterdrückt¹⁶. Verlangt wurden von den USA „starke Parameter“ zur Regelung des Nahostkonflikts. Aufmerksam wurden in Amman die Warnungen von Generalstabschef David Petraeus, zwischen Januar 2007 und September 2008 Kommandeur der multinationalen Streitkräfte im Irak und gegenwärtig für den Gesamtbereich einschließlich Afghanistans verantwortlich, vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats registriert, wonach die einseitige Allianz mit Israel die strategischen Interessen Washingtons in der gesamten Region gefährde, weil sie antiamerikanische Gefühlslagen bediene¹⁷. Daniel Kurtzer, externer Berater der US-Administration und früherer Botschafter in Kairo und Tel Aviv, stimmte dieser Einschätzung Petraeus' ausdrücklich zu, während der frühere israelische Botschafter in Washington und Verhandlungsführer mit Syrien in der Ära Rabin,

- Itamar Rabinovich¹⁸, seine Regierung davor warnte, sich Illusionen über die amerikanische Nahostpolitik in der Ära Obama hinzugeben¹⁹;
- dem Vorrang der Diplomatie gegenüber dem Iran vor der Inangsetzung verschärfter Sanktionen. Amman hat selbst angekündigt, ein Programm zur friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen internationaler Standards in Zusammenarbeit mit den Technologielieferanten Kanada, Südkorea, Russland, Frankreich und Japan zu entwickeln.
 - der umfassenden diplomatischen Unterstützung der ägyptischen Bemühungen, den politischen und ideologischen Ausgleich zwischen „ Hamas“ und der Autonomieregierung zu fördern, ohne selbst initiativ werden zu wollen. „Dabei würden wir uns überfordern“, lautete die Botschaft Sharifs.

Wie der frühere Ministerpräsident Marwan Muasher²⁰ ließ der Regierungssprecher und Informationsminister keinen Zweifel daran aufkommen, dass er das Haschemitische Königreich im Zentrum der arabischen Welt sieht – ungeachtet der geringen Machtmittel, über diplomatische Vermittlungsdienste hinaus einen kraftvollen politischen Einfluss auf den Friedensprozess (der in Israel seit langem nur noch „politischer Prozess“ heißt) ausüben zu können. Wenn Außenministerin Hillary Clinton Mitte April 2010 den diplomatischen Einsatz ihres jordanischen Amtskollegen Nasser Judeh lobte²¹, war in erster Linie faktisch die außenpolitische Zurückhaltung Ammans gemeint.

Wie in Ägypten, doch breiter gefächert als dort²², wurden uns mehrfach jene Tabuzonen bestätigt, die um öffentliche Debatten gezogen werden sollen. Zu ihnen gehören das Königshaus, der Islam mitsamt der nachgeordneten Religionsgemeinschaften, die Justiz sowie das Militär und die Sicherheitsdienste. Sie sind als Stabilisierungsfaktoren die wichtigsten Garanten des nationalen

Überlebens in einem als feindlich empfundenen Umfeld, das Avi Shlaim in seiner politischen Biographie König Husseins „Lion of Jordan“ im Blick auf Syrien, Ägypten und Israel gründlich beschrieben hat.

Wird die akademische Jugend von heute an den Tabus rütteln? Zum wiederholten Male wurde das schwindende Vertrauen in der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen thematisiert – Abdullah selbstverständlich ausgenommen. Nachdem in einer Umfrage nur noch 57 Prozent der Regierung Verlässlichkeit attestieren wollten, liege der Ball auf dem Feld der Regierung, doch wurde der König aufgefordert, nach der Auflösung des Parlaments im November 2009 auf die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes zu dringen, das eine größere Beteiligung der Gesellschaft am politischen Leben ermöglichen soll – eine kaum verhüllte Kritik an der verordneten Lähmung des 33 Parteien umfassenden Parlaments in politischen Entscheidungsprozessen²³. Der absolute Vorrang des Königshauses sah sich herausgefordert, reagierte aber im Frühjahr 2010 mit der Ausfertigung des Reformgesetzes, das alles beim alten belassen soll. Zwar wurde die Zahl der Abgeordneten von 110 auf 120 erhöht, doch blieb es beim Persönlichkeitswahlrecht, das nach Auffassung von Kritikern im Gegensatz zum Verhältniswahlrecht den engen tribalen Charakter des Parlaments sichert – und dafür sorgen könnte, dass die „Islamische Aktionsfront“ der Moslembruderschaft aufgrund ihrer straffen Organisation aus den nächsten Wahlen möglicherweise gestärkt hervorgeht.

Nabil Sharif muss es sehr willkommen gewesen sein, dass er uns die Ergebnisse der „Arab Reform Initiative“ präsentieren konnte, wonach Jordanien im Index von vierzehn arabischen und internationalen „Think Tanks“ an der Spitze aller arabischen Staaten steht – weil die anderen so schlecht sind, kommentierte ein daran Beteiligter. Der Sarkasmus kam nicht von ungefähr: Unter den möglichen 1000 Punkten erreichte das Haschemitische Königreich 620, Marokko 601, Ägypten 596, Libanon 583, Algerien 570, Kuwait

553, „Palästina“ 506 (!), Syrien 461 und Jemen 457 Punkte. Das Schlusslicht bildete Saudi-Arabien mit 402 Punkten. Angesichts der insgesamt als unbefriedigend geltenden Ergebnisse ließen es sich die Verfasser der Studie nicht nehmen, die arabische Welt dringlich aufzufordern, für mehr politische und bürgerliche Freiheiten zu sorgen sowie die parlamentarischen Kontrollgremien und die Menschenrechtsorganisationen zu stärken²⁴.

Auch bei der Begegnung mit dem Vorstandsmitglied der „Federation of Jordanian Women“ und frühere Präsidentin des „National Center for Human Rights“, Anas al-Saqet, war es nicht verwunderlich, dass sie die „außerordentlichen Erfolge bei der Bewältigung drängender Fragen“ hervorhob: 50 Prozent der Studierenden sowie sieben der 70 Mitglieder des vom König ernannten Oberhauses und sieben der 110 Abgeordneten des Parlaments seien Frauen. Außerdem gebe es eine stellvertretende Ministerpräsidentin, mehrere Ministerinnen, 48 Richterinnen (an welchen Gerichten wurde angesichts der Erfolgsbilanz aus Höflichkeit nicht nachgefragt), und zwanzig Prozent der Angehörigen in den Stadträten seien Frauen. Dass nur 14 Prozent von ihnen in den Arbeitsmarkt eingegliedert sind und dass zwischen zehn und 15 Frauen pro Jahr Opfer von „Ehrenmorden“ werden, beunruhigte die Vortragende wenig, obwohl Prinzessin Basma gerade sechs Frauen wegen ihres Einsatzes gegen die Gewalt, denen Frauen unterliegen, ausgezeichnet hatte²⁵.

Auch an der Einführung der Zivilehe fand die Referentin aus der bürgerlichen Oberschicht – ganz der Tradition des Tabubereichs „Islam“ verhaftet – keinen Gefallen. Als wir sie aufforderten, ihrerseits Fragen an uns zu richten, zeigte sie sich über die Größe des Berliner Mahnmals für die ermordeten Juden Europas verwundert, weil es doch auf keinem realen Faktum beruhe²⁶. Auch daran, dass die Juden die Wirtschaft in den USA in der Hand hätten, ließ sie keinen Zweifel aufkommen. Beides waren erstaunliche Bemerkungen für eine zivilgesellschaftliche Führungspersonlichkeit.

Der „neue Nahe Osten“ lässt auf sich warten

Nach der Prinzipienklärung zwischen Israel und der PLO von 1993, die allzu häufig in Verkennung ihrer geringen völkerrechtlichen Verbindlichkeit mit einem genuinen Friedensvertrag verwechselt wurde, tatsächlich jedoch die Ebenbürtigkeit der Palästinenser vereitelte²⁷, legte der damalige Außenminister Shimon Peres ein Buch vor, in dem er vor allem der ökonomischen Zusammenarbeit regionaler Akteure eine wegweisende Rolle für den Frieden auf der Grundlage nationaler Koexistenz beimessen wollte²⁸. Es hat relativ lange gedauert, bis diese Konzeption der Ernüchterung gewichen ist, ohne vollständig ad acta gelegt worden zu sein, wie die Ergebnisse der Geberkonferenzen seit dem 1. Oktober 1993 in Washington, D.C. – damals unter dem Schirm der Weltbank –, belegen. Alle historischen Erfahrungen sprechen dafür, dass wirtschaftlicher Wohlstand und die demokratischen Grundlagen der Zivilgesellschaft eng mit politischer Unabhängigkeit und Souveränität verknüpft sind: Das eine ist ohne das andere auf Dauer nicht zu haben.

Dieser Grundsatz gilt nicht nur für die Palästinenser, für welche die internationale Staatengemeinschaft bislang Zuwendungen in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr bewilligt hat. Betroffen ist auch Jordanien. Dort ist eine „Transfer-Ökonomie“ entstanden bis hin zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, die sich dem Rendite-Prinzip schwer entziehen kann. Der Primärsektor der industriellen Produktivität ist gering, die größten Arbeitgeber sind das Militär sowie die Sektoren „Erziehung“ und „Gesundheit“. Die Bundesrepublik Deutschland habe einen guten Namen, wurde uns erklärt, auch wenn sie politisch hinter den USA, Großbritannien und Frankreich rangiere. Größere westliche Investitionen in den Produktionssektor sind ausgeblieben und doch hoch erwünscht.

Der Anblick der unermüdlichen Bautätigkeit in Amman belegt die massive Abhängigkeit vom arabischen Geld aus den Golfstaaten

und Saudi-Arabien. Diese Monostruktur und ihre Folgen dürften eine wesentliche Ursache dafür sein, dass 2008 die Inflationsrate gegenüber dem Vorjahr von 5,4 auf 13,9 Prozent in die Höhe geschneit ist, wobei sie bei den Lebensmitteln gegenüber 2002 sogar um 57,4 Prozent stieg. Die Importe von Waren und Dienstleistungen lagen 2008 um 63,8 Prozent höher als die Ausfuhren, während die Arbeitslosigkeit unter Frauen mit 24,4 und bei den Männern mit 12,7 Prozent ausgewiesen wurde²⁹ – nach unseren Beobachtungen mit einer hohen Dunkelziffer an verdeckter Erwerbslosigkeit. Ein Jahr später, 2009, belief sich das Haushaltsdefizit auf 449,8 Millionen Jordanische Dinar (rund 415 Millionen Euro). Doch ohne die ausländischen Kredite wäre es auf 1,782 Milliarden JD (rund 1,64 Milliarden Euro) gestiegen³⁰.

Auch die kulturelle Stagnation ist allenthalben spürbar, das Land sei konservativer geworden, wurde uns gesagt. Ein solches Urteil wird dadurch gestützt, dass das Königshaus aufgrund seiner genealogischen Herleitung vom Propheten Mohammed mehr denn je als *rocher de bronze* populäre Anerkennung findet. Welchen Beitrag die im Entstehen begriffene deutsch-jordanische Universität auf Fachhochschulniveau zu einer Belebung des öffentlichen Lebens leisten kann, bleibt abzuwarten.

„Wir haben genug von unseren Nachbarn!“

Wir sind mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Jordaniens Nordgrenze scharf bewacht sei, weil aus Syrien Waffen, Drogen und Narkotika eingeschmuggelt würden. Die Beziehungen zu Damaskus waren nie spannungsfrei, und durch die Verknüpfungen der syrischen Führung mit Teheran dürften die Befürchtungen in Amman nicht geringer geworden sein. Deshalb ist in Amman der Besuch von John Kerry, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat, der beim Treffen mit Präsident Bashar Assad im März 2010 Syrien als einen bedeutsamen Spieler bei der Suche nach Frieden

und Stabilität im Nahen Osten würdigte, mit einer gewissen Gelassenheit zur Kenntnis genommen worden, zumal da Kerry seine Auszeichnungsgeste mit der Ermahnung verband, den Waffenschmuggel für die „Hisbollah“ zu unterbinden.

Mit größerem Argwohn dürfte die Wiederannäherung der libanesischen Regierung an das syrische Regime beobachtet werden, das in der erneuten Kehrtwende des Drusenchefs Walid Djumblat – ehemals einem scharfen Kritiker Damaskus' – und im erneuten Vorsprechen von Ministerpräsident Saad Hariri in der syrischen Hauptstadt Gestalt angenommen hat³¹. Einer heftigen Explosion glich beim regionalen Rundumschlag die Bemerkung des an der Universität Amman lehrenden Hydrogeologen Elias Salameh, dass Jordanien von seinen Nachbarn genug habe: „Wir wollen unabhängig sein!“ Sie fiel im noblen Gebäude des „Arab Thought Forum“, als es um die Nutzung der nationalen Wasserressourcen ging. Auch wenn zugestanden ist, dass Jordanien weltweit das viertärmste Land in diesem Sektor ist, so erstaunte überdies die brutale Bedingungslosigkeit, mit der sich Salameh gegen die vorsichtig angemeldeten ökologischen Bedenken zu den Plänen für einen Kanal zwischen dem Golf von Aqaba und dem Toten Meer verwahrte³² – um gleichzeitig Fragen nach der teuren Subventionierung des Wassers, das mit lächerlichen drei Cent pro Kubikmeter abgegeben wird³³, und nach dem hohen Verbrauch in Tourismuszentren und der Funktionstüchtigkeit von Staudämmen, Kanälen und Rohrleitungen als belanglos abzutun³⁴ und damit die Experten aus vielen arabischen Staaten zu desavouieren, die auf dem gerade beendeten Kongress angesichts fallender Regenmengen um bis zu 25 Prozent bis 2050 eine verstärkte Zusammenarbeit gefordert hatten.

Besuch bei „Schnellers“

Im Gegensatz zur Bitterkeit und zu den Sorgen, die uns so vielfältig begegneten, erschien der Besuch in der „Theodor Schneller School“ in weit außerhalb Ammans gelegenen Stadtteil Marka auf den ersten Blick wie eine Idylle – „Ein Ort zum Wurzeln schlagen“, lautet der Titel des hauseigenen Prospekts über den dortigen „orientalischen Sinnesgarten“. Aufgrund unserer Ortsunkenntnis mussten wir aber einen „heilsamen“ Abstecher durch das Flüchtlingslager nebenan nehmen. Obwohl wir uns dort nur wenige Minuten aufhielten, erschien es uns im Vergleich zu unserem Besuch im Lager Baqa'a wie der Vorhof zur Hölle. Konnten wir in Baqa'a noch eine gewisse Regelmäßigkeit des sozialen Lebens registrieren, so begegnete uns hier – wie genau vor einem Jahr im Beiruter Lager Shatila – die blanke Not: engste ungepflasterte Wege, Behausungen aus Lehm und Brettern, Apathie in den Augen von Frauen und alten Menschen, Armut unter den Kindern – und die unendliche Zahl von Dachantennen.

Die Schule nebenan ließ uns deshalb aufatmen. Nach den Gründungen 1860 in Jerusalem, später im Libanon an der Grenze zu Syrien und 1959 in Marka – eröffnet 1966 – betreut sie gegenwärtig 250 überwiegend männliche Jugendliche schulisch sowie mit Kursen zur Berufsausbildung in der Tischlerei, in der Schlosserei, im Kfz-Handwerk und in der Aluminium-Werkstatt; ein Autobus-Terminal für Reparaturen steht auf der planerischen Warteliste. Hinzu gekommen ist auf dem 66 Hektar großen Gelände die „Erlebnis-Pädagogik“ mit einer eigenen Fachkraft. Besonderes Augenmerk gilt der Schule unter der Leitung von Ghazi Musharbash der Auswahl der Schüler, unter denen bis zu 70 Prozent dem Islam angehören: Waisen, Kindern aus zerrütteten Familien und Behinderten. Auf der ökologischen Tagesordnung der Zukunft sind die Bereiche „Wasser, Energie, Umwelt und Müllstoff-Verwertung“ angesiedelt. Neben der Finanzierung der Gesamtarbeit zu sechzig Prozent aus Deutschland

hat der „Verkauf“ von Dienstleistungen an erheblicher Bedeutung gewonnen, etwa mittels Gasttagungen und Vermietungen.

Neben den imponierenden Leistungen und Erfolgen blieb uns jedoch ein kleiner Wermutstropfen im Augenwinkel hängen. Schon auf der Fahrt nach Marka war uns vom jordanischen Reisebegleiter die Frage gestellt worden, ob wir bewaffnet seien, um gegebenenfalls das drohende Gewaltpotential im Lager abzuwehren. Der Hinweis gab uns zunächst Rätsel auf, bis unser Kleinbus in einer engen Gasse des Lagers von unzähligen Kindern und Jugendlichen umringt war. Sie hinterließen alles andere als einen gewalttätigen Eindruck. Dass sich jedoch hinter unseren Beobachtungen ein ernsthaftes Problem der Gewaltbereitschaft verbirgt, erfuhren wir, als wir in der Schule auf die Betonmauer aufmerksam gemacht wurden, die das Gelände gegen das Lager abschirmen soll.

„Learning to live in peace“, ist ein Anspruch der „Schnellers“, der über ihre Ränder noch nicht hinaus reicht. Seine Realisierung bleibt den Verantwortlichen und den Förderern sehr zu wünschen.

Versuch einer Zusammenfassung

Bislang werden das Konfliktpotential in der palästinensischen Bevölkerung mit der Größenordnung von 43 Prozent – hier war mit großer Sicherheit jener Teil nicht mitgerechnet, dem die soziale Integration in die jordanische Gesellschaft gelang – sowie die parlamentarisch eingebundene „Islamic Action Front“ als jordanischer Ableger der Moslembroderschaft als minder gefährlich eingeschätzt. Allein die internen Spannungen und Kämpfe würden dafür sorgen, dass der Islamismus nicht zunehme, wurde uns gegenüber beteuert. Auch dürfte den Menschen in den Lagern bewusst sein, dass eine Erhebung gegen das königliche Regiment nicht nur am Widerstand der Sicherheitsorgane scheitern würde, sondern auch bei der jordanischen Mehrheit keine Sympathien

auslöst. Hinzu kommt die Erinnerung an das Debakel mit dem von König Hussein und Yasser Arafat am 11. Februar 1985 unterschriebenen Strategiepapier³⁵, das seine langen Schatten auf die jordanisch-palästinensischen Beziehungen wirft. Alle Versuche sind gescheitert, die Palästinenser zur Annahme der jordanischen Identität zu ermuntern.

Nachdrücklich hielt Nawaf W. Tell, Forschungsdirektor des „Center for Strategic Studies“, der israelischen Politik vor, Opfer einer Paranoia geworden zu sein: Israel verkenne, dass es aufgrund der Unruhe unter seinen palästinensischen Staatsbürgern vor der Gefahr einer Implosion stehe. Aus seiner Analyse zog Tell von einem strikt nationalen Standpunkt aus eine doppelte Konsequenz für Jordanien: der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts höchste Priorität einzuräumen und einen „Spill over“-Effekt der Frustrationen auf die palästinensischen Staatsbürger seines Landes zu verhindern. Dazu wies Abdullah II. geradezu heftig noch einmal die „jordanische Option“ aus den 1970er Jahren als nationalen Selbstmord zurück. Gleichwohl löste die Analyse Tells, der zum Beraterkreis des Außenministeriums gehört, manches Erstaunen aus, so als er

- der Türkei als potentielleres Gegengewicht gegen den Iran und als Stabilisator im Nahen Osten³⁶ keine Bedeutung beimessen wollte,
- behauptete, dass König Hussein auf der arabischen Gipfelkonferenz Ende Oktober 1974 mit der Anerkennung der PLO als einziger legitimer nationaler Repräsentanz des palästinensischen Volkes auch die politische Verantwortung über die Palästinenser in Jordanien aufgegeben habe – hatte es doch in Rabat geheißen: „... the PLO, the sole legitimate representative of [the] Palestinian people *in any Palestinian territory that is liberated...*“, und
- dem jordanischen Souveränitätsverzicht auf die Westbank vom Juli 1988 zugunsten der PLO – der mehr als zwanzig Jahre später,

Anfang April 2010, von einem „National Committee of Military Veterans“ kritisiert wurde³⁷ – keinerlei Einfluss auf die Eskalation der palästinensischen Ohnmacht in jenem Teil der israelisch gesetzten Gebiete beimaß, obwohl in Israel seither verstärkt die These vertreten wird, dass es sich bei „Judäa und Samaria“ für die Palästinenser im günstigsten Fall um ein „disputed territory“ handele³⁸. König Hussein habe damals richtig gehandelt, so Tells Expertise. Gehörte auch diese Bewertung zu den nationalen Tabuzonen, oder war sie wiederkehrender Ausdruck der Abneigung gegen Arafat und dessen demagogische Sprunghaftigkeit?

Die große Unbekannte bleibe Ägypten nach Mubarak, so Tells Wertung, die uns an die Abwehr Sharifs erinnerte, als wir nach Jordaniens Beitrag zum Ausgleich zwischen „Hamas“ und der Autonomiebehörde fragten. Außerdem wies der Forschungsdirektor Spekulationen zurück, dass an die Aufkündigung des Friedensvertrages mit Israel vom Oktober 1994 gedacht sei – auch er eine unantastbare Komponente königlicher Autorität, deren Hintergrund die Abhängigkeit von den USA ist, die einen solchen Schritt nicht tatenlos hinnehmen würden: Die jährliche Finanzhilfe in Höhe von 900 Millionen US-Dollar ist überlebenswichtig. Um die Tücken neuerlicher Eskalationen zu vermeiden, plädierte Tell dafür, dass Europa endlich die historische Chance der politischen Mitwirkung erkennen und wahrnehmen solle, die ihm die Administration Obamas offen anbiete. Heute sei Washington im Nahen Osten von der Handlungskompetenz der Europäischen Union eher abhängig, als dies umgekehrt der Fall sei.

Entgegen der jüngsten Erklärung des Nahost-Quartetts am 19. März 2010, die sich erneut auf die politisch verblichene „Road Map“ vom Frühjahr 2003 berief und im Gegensatz zur Resolution 478 des UN-Sicherheitsrates vom 20. August 1980 den künftigen Status Jerusalems in die Verhandlungsmasse einschloss – also den prinzipiellen Souveränitätsvorbehalt Israels akzeptierte³⁹ –, waren

sich alle unsere Gesprächspartner darin einig, dass die empfohlenen indirekten Gespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomieregierung wieder in der Sackgasse landen würden. Einmal mehr wurde den rhetorischen Protesten der Arabischen Liga gegen die israelische Politik geringes politisches Gewicht für die Regelung des Konflikts beigemessen, es sei denn, der Druck auf Israel werde stärker. Bis dahin lebt die israelische Politik auch von der arabischen Unfähigkeit, auf ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte hinzuwirken.

*Abgeschlossen am 18.04.2010
mit Aktualisierungen*

¹ Avi Shlaim: Lion of Jordan. The Life of King Hussein in War and Peace. London 2007, S. 231 ff.

² Christiane Schlötzer: „Der Frieden kommt nie“, in „Süddeutsche Zeitung“ 14.04.2010, S. 8. Die Autorin gehörte der Reisegruppe an.

³ Vgl. Reiner Bernstein: „Libanon: Konfessionalismus, Demokratie und Nahostkonflikt. Bericht aus einem Land vor den Parlamentswahlen mit einem Nachwort zu den Wahlen am 7. Juni und am 12. Juni 2009 im Iran“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ der Homepage www.reiner-bernstein.de.

⁴ Unterschiedliche Angaben zwischen 200.000 und 300.000 Flüchtlingen im Gefolge des Sechstageskrieges bieten folgende Veröffentlichungen an: Friedrich Ebert Stiftung, Jerusalem: Palästinensische Flüchtlinge und ihr Recht auf Rückkehr. November 2009; Shlomo Ben-Ami: Scars of War, Wounds of Peace: Oxford 2006, S. 122; „Palestinian Society for the Study of International Affairs (PASSIA)“, ed.: Palestinian Refugees. Jerusalem, May 2004. Auch die Zahl der Lager ist umstritten geblieben.

⁵ Am 01. Dezember 1949 fand in Jericho eine palästinensische Notablenversammlung mit rund tausend Repräsentanten aus allen Bevölkerungsgruppen statt und richtete eine Petition an den damaligen König Abdullah I., beide Ufer miteinander zu vereinigen. Dazu sprach die Versammlung dem „Arab Higher Committee“, das in der britischen Mandatszeit alle Palästinenser zu vertreten beansprucht hatte, sein Misstrauen aus und wies den Führungsanspruch des Mufti von Jerusalem Amin al-Husseini sowie die Anerkennung seiner von Ägypten installierten „All-Palestine Government“ im Gazastreifen zurück. Im Dezember 1949 ratifizierte die Regierung in Amman die Jericho-Petition. Am 13. April 1950 beschloss der Rat der Arabischen Liga: „...an annexation of Arab Palestine by any Arab State would be considered a violation of the League Charter, and subject to sanctions“. Doch dessen ungeachtet ratifizierten beide Häuser des jordanischen Parlaments am 24. April 1950 die Kabinettsentscheidung. Seither gehörte die Westbank zum Haschemitischen Königreich, ihre Bewohner wurden jordanische Staatsbürger.

⁶ Jener Paragraph 11 der Resolution 194 lautet: Die Vollversammlung „beschließt, dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden,

nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigungen gezahlt werden sollen“.

⁷ Terry Rempel: Who Are the Palestinian Refugees?, in „Forced Migration Review/University of Oxford (UK)“, September 2006 Issue. Der Autor war Gründungsmitglied des „Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights (BADIL)“ bei der Palästinensischen Autonomieregierung, für die er zwischen 1998 und 2004 als Koordinator tätig war.

⁸ So: Vereinte Nationen, der Hohe Flüchtlingskommissar: Überarbeitete Stellungnahme zur Rechtsstellung palästinensischer Flüchtlinge unter UNRWA-Mandat sowie Hinweise zur UNRWA-Registrierung, Berlin im November 2000.

⁹ Benjamin N. Schiff: Between Occupier and Occupied: UNRWA in the West Bank and the Gaza Strip, in „Journal of Palestine Studies“ # 71 XVIII(Spring 1989)1, S. 61 ff.

¹⁰ Dort heißt es unter Ziff. 2.b: „Achievement of a just solution to the Palestinian Refugee problem to be agreed upon in accordance with UN General Assembly Resolution 194.“

¹¹ Bassam Abu-Sharif: A Proposal Regarding Peace in the Middle East, in „Arab Media Internet Network“ 11.12.2001. Etwa zur selben Zeit betonte Sari Nusseibeh, dass die Resolution 194 auch die Interpretation zulasse, wonach die Mehrheit der Flüchtlinge in einem palästinensischen Staat angesiedelt werden könne. Neun Jahre zuvor, 1992, hatte Arafats Informationsminister Yasser Abed Rabbo, der später das palästinensische Team der „Genfer Initiative“ leitete, vor der „Brookings Institution“ erklärt, dass das Recht auf Rückkehr „must be done in such a way as to not adversely affect the Jewish nature of the state of Israel“. Während der Verhandlungen in Camp David (Juli 2000) wurde die Flüchtlingsfrage aufgrund divergierender Standpunkte und Interessen weitgehend ausgeklammert. Menachem Klein berichtet in seinem Buch „The Jerusalem Problem. The Struggle for Permanent Status“ (Gainesville et al. 2003), S. 70, dass damals von israelischer Seite inoffiziell die Bereitschaft signalisiert wurde, 25.000 Flüchtlinge in den ersten drei Jahren und weitere 40.000 in einem 15 Jahre dauernden Programm aufzunehmen. Der Autor gehörte zu den externen Beratern von Außenminister Shlomo Ben-Ami zum Komplex „Jerusalem“.

¹² Khalil Shikaki: Willing to Compromise. Palestinian Public Opinion and the Peace Process. Special Report 158. United States Institute for Peace, January 2006, S.11. – Vgl. den Bericht von Nabil Marhood: Voices from the Camps: A People’s History of Palestinian Refugees in Jordan, 2006. Lanham: University Press of America 2010, in dem der Autor Porträts vom Leben in sechs Lagern liefert: Irbid, Hiteen, Jerash, Zarqa, al-Hussein und Baqa’a. Ohne einen Vergleich zum Leben der Palästinenser außerhalb der Lager vorzunehmen, arbeitet er heraus, dass für die Lagerbewohner der ersten Generation die Rückkehr in ihre Heimat im Mittelpunkt steht und dass sie nur vorsichtig die jordanische Regierung und ihre eigenen Beziehungen zum Staat kritisieren.

¹³ Artikel 9 des Friedensvertrages vom 26.10.1994 („Places of Historical and Religious Significance“) lautete: „1. Each Party will provide freedom of access to places of religious and historical significance. 2. In this regard, in accordance with the Washington Declaration, Israel respects the present special role of the Hashemite Kingdom of Jordan in Muslim Holy shrines in Jerusalem. When negotiations on the permanent status will take place [with the Palestinians], Israel will give high priority to the Jordanian historic role in these shrines. 3. The Parties will act together to promote interfaith relations among the three monotheistic religions, with the aim of working towards religious understanding, moral commitment, freedom of religious worship, and tolerance and peace.“ In Jordanien sind diese Vorkehrungen so interpretiert worden, dass israelische Ausgrabungen

rund um den „Haram al-Sharif“ („Tempelberg“) zumindest der Absprache bedürfen. Am 25.07.1994 hatten Ministerpräsident Yitzhak Rabin und König Hussein auf Einladung von Präsident Bill Clinton die „Washington Declaration“ unterzeichnet, in der sie ihren Willen zum Ausdruck brachten, den Konflikt zwischen beiden Ländern zu beenden. In Ziff. 3 ist der Artikel 9 des Friedensvertrages vorformuliert worden.

¹⁴ So „The Role of Independent Media in the Middle East: An Interview with Nabil Al Khatib“, in „Middle East Bulletin“ 15.04.2010. Der Interviewte ist geschäftsführender Redaktionsleiter des Satellitensenders „Al Arabiya“.

¹⁵ Jay Solomon: Interview with Jordan's King Abdullah II., in „The Wall Street Journal“ 05.04.2010.

¹⁶ In diesem Sinne die Kommentare „To settle a thorny issue“, in „The Jordan Times“ 13.03.2010, und Hani Hazaimeh: Politicians, opinion leaders call for new options in peace process, in „The Jordan Times“ 07.04.2010, S. 3. Der Autor zitierte den ehemaligen Ministerpräsidenten Marouf Bakhit auf einer Tagung des „Center for Strategic Studies“ am 03.04.2010 in Amman: „The policies and mechanisms adopted by the superpowers to solve the Palestinian issue were [have been] proven [as] a failure due to the fact that they were formulated based on an approach that lacked a clear intellectual aspect and had no clear goals or strategies for its implementation. This approach only delayed problems instead of solving them or addressing the root cause.“

¹⁷ Vgl. die Eintragung am 16.03.2010 in der Menüleiste „Chronologie“ der Homepage www.reiner-bernstein.de.

¹⁸ Für die Frühzeit Itamar Rabinovich: „The Road Not Taken: Early Arab-Israeli Negotiations.“ New York 1991. Seine späteren Erfahrungen auf diesem Feld hat der Autor, der die israelische Verhandlungsdelegation zwischen 1992 bis 1995 und damit teilweise in seiner Eigenschaft als Botschafter in Washington von 1993 bis 1996 leitete, in dem Buch zusammengefasst „The Brink of Peace. The Israeli-Syrian Negotiations“. Princeton 1998.

¹⁹ Daniel Kurtzer: „We need to take this seriously“ und Itamar Rabinovich: „Israeli policy-makers, take note“, in „bitterlemons“ 15.04.2010. Zu Kurtzer vgl. die Besprechung des Buches von ihm und Scott B. Lasensky: „Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East.“ Washington, D.C., 2008, in der Menüleiste „Rezensionen“ der Homepage www.reiner-bernstein.de.

²⁰ Marwan Muasher: Die Arab Center. The Promise of Moderation. New Haven & London 2008. Eine Besprechung des Buches findet sich in der Menüleiste „Rezensionen“ der Homepage www.reiner-bernstein.de.

²¹ Hillary Rodham Clinton, Remarks at the Dedication of the S. Daniel Abraham Center for Middle East Peace, Washington, D.C., April 15, 2010.

²² Vgl. Reiner Bernstein: Ägypten: Bemerkungen zur Innen- und Außenpolitik, in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ der Homepage www.reiner-bernstein.de. Die ägyptische Tabuzone konzentriert sich auf Hosni Mubarak und seine Ehefrau Suzanne.

²³ Yasmine Abu Tarboush: Government's popularity down after 100 days, in The Star“ 05.-11.04.2010, S. 8; Hassan A. Barari: A matter of confidence, in „The Jordan Times“ 06.04.2010, S. 11.

²⁴ Jordan rates best in Arab Democracy Index, in „The Jordan Times“ 31.03.2010, S. 1 + 5.

²⁵ Rana Hussein: 'Education reforms key to combating domestic violence,' in „The Jordan Times“ 31.03.2010, S. 2; Laila Azzeh: 'Violence deprives women of their humanity,' in „The Jordan Times“ 01.04.2010, S. 3.

-
- ²⁶ Einige Gruppenmitglieder wollten gehört haben, dass sich Frau Saqet nur kritisch zum Mahnmal geäußert und nicht den Holocaust geleugnet habe.
- ²⁷ Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000, Kap.II: „Die vereitelte Unebenbürtigkeit“.
- ²⁸ Schimon Peres: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. Berlin o.J. [1994]
- ²⁹ The Hashemite Kingdom of Jordan: Jordan in Figures, Issue 11, September 2009, passim.
- ³⁰ Yasmine Abu Tarboush: Opposition parties have their say in economy, in „The Star“ 29.03.-04.04.2010, S. 8.
- ³¹ Rana Moussaoui: In Lebanon, all roads lead once again to Damascus, in „The Jordan Times“ 06.04.2010, S. 1. Vgl. dazu Reiner Bernstein: „Libanon: Konfessionalismus, Demokratie und Nahostkonflikt“, a.a.O.
- ³² Dazu Axel Berg: Krieg um Palästina oder Frieden durch die Sonne, in „Für Reiner [Bernstein] zum 70. Geburtstag. Von Menschen, die Dich in den letzten 50 Jahren begleitet haben.“ München 2009, S. 14 ff. Der Beitrag ist verfügbar in der Menüleiste „Genfer Initiative – Von uns und über uns“ der Homepage www.reiner-bernstein.de. Für den Leiter der Umweltschutzorganisation „Friends of the Earth Middle East“ ist das Projekt mit Kosten zwischen fünf und zehn Milliarden US-Dollar in ökologischer Hinsicht für das Rote und das Tote Meer eine Katastrophe, so Bromberg im Reisebericht von Fabian von Poser „Nah am Wasser gebaut“, in SZ 20.05.2010, S. V2/3.
- ³³ Diesen Preis bestätigt Fabian von Poser „Nah am Wasser gebaut“, a.a.O.
- ³⁴ Dazu teilte die im Januar 2004 vom US-Kongress begründete „Millenium Challenge Corporation“ am 16.01.2010 mit, dass sie in Jordanien Mittel in Höhe von 102,57 Millionen US-Dollar investieren wolle, um im Regierungsbezirk Zarqa die Trinkwasserverluste in den veralteten Leitungs- und Verteilungsnetzen aufzufangen. In den zwei ärmsten und am dichtesten bevölkerten Teilen des Regierungsbezirks würden bislang 57 Prozent des Trinkwassers verlorengehen.
- ³⁵ Am 11.02.1985 einigten sich König Hussein und Arafat auf eine jordanisch-palästinensische Initiative zur friedlichen Regelung des Nahostkonflikts. Danach sollte sich Israel aus sämtlichen besetzten Gebieten zurückziehen, während es dem palästinensischen Volk das volle Selbstbestimmungsrecht im Rahmen eines „Konföderierten Arabischen Staates Jordanien und Palästina“ zugestehen solle. Während der damalige Ministerpräsident Shimon Peres das „Diktat“ ablehnte, bezeichnete US-Präsident Ronald Reagan das Programm als einen Meilenstein. Anfang September 1986 kündigte Arafat die Vereinbarung, nachdem König Hussein schon im März 1986 die Kontakte zur PLO-Führung abgebrochen hatte. Die Vereinbarung verletzte nach Auffassung von nahostpolitischen Beobachtern mindestens drei Punkte der PNC-Entscheidungen: Sie verzichtete auf die alleinige Vertretung palästinensischer Interessen in künftigen Verhandlungen; sie verzichtete auf die Anerkennung des palästinensischen Rechtes auf einen eigenen souveränen Staat, und sie erwähnte nur den Reagan-Plan unter „verschiedenen Projekten“, die zu einer Regelung führen könnten. Die „Charta von Fes“ vom 09.09.1982 hatte in ihrer nahostpolitischen Eingangsprogrammatur „den Widerstand der Kräfte der palästinensischen Revolution, des libanesischen und des palästinensischen Volkes und der syrischen Streitkräfte (gewürdigt) und (...) seine Unterstützung des palästinensischen Volkes im Kampf um die Rückgewinnung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte (bekräftigt)“.
- ³⁶ International Crisis Group: Turkey and the Middle East: Ambitions and Constraints. Europe Report # 203, 7 April 2010. Der Eingangssatz des Papiers

lautet: „Turkey is launching initiative after ambitious initiative aimed at stabilising the Middle East.“

³⁷ Assaf David: The revolt of Jordan's military veterans, in „The Middle East Channel“ June 16, 2010.

³⁸ Dazu Reiner Bernstein: „Zwölf Bemerkungen und Empfehlungen zur deutschen Nahostpolitik“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ der Homepage www.reiner-bernstein.de.

³⁹ Statement by [the] Middle East Quartet, Moscow, March 19, 2010. Zum israelischen Souveränitätsvorbehalt Reiner Bernstein: „Zwölf Bemerkungen und Empfehlungen zur deutschen Nahostpolitik“, a.a.O.

-.-.-.-.-